



2019/16 Inland

<https://shop.jungle.world/artikel/2019/16/der-frust-mit-der-frist>

Befristete Arbeitsverträge an Universitäten

Der Frust mit der Frist

Von **Peter Nowak**

Befristete Jobs sind für junge Wissenschaftler an Universitäten der Normalfall. Doch gegen die prekären Arbeitsbedingungen regt sich Widerstand.

»Frist ist Frust« – so lautet das Motto eines Bündnisses aus Gewerkschaften, Hochschul- und Studierendengruppen sowie des »Netzwerks für gute Arbeit in der Wissenschaft«. Mit seiner Kampagne »Entfristungspakt 2019« will das Bündnis die laufenden Verhandlungen über den neuen Hochschulpakt beeinflussen, der am 3. Mai vom Bundesrat verabschiedet werden soll. Zum Kampagnenauftritt hatten die beteiligten Gruppen am vorvergangenen Sonntag zu einem Hearing an die Berliner Humboldt-Universität geladen, auf dem die Dringlichkeit der Forderungen deutlich wurde.

Nicht wenige nehmen angesichts der Arbeitsbedingungen vollständig Abschied vom Wissenschafts- und Lehrbetrieb.

Andreas Keller, stellvertretender Vorsitzender der »Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft« (GEW), und Matthias Neis, der bei der Bundesverwaltung der Dienstleistungsgewerkschaft Verdi für den Bereich Hochschule und Bildung zuständig ist, kritisierten das Unwesen der befristeten Arbeitsverträge an den Universitäten. Hanna Hilbrandt vom »Netzwerk gute Arbeit in der Wissenschaft« benannte die Folgen für die Betroffenen, sprach die Zunahme von gesundheitlichen Problemen durch die unsichere berufliche Situation an und stellte fest: »Berufliche Perspektiven sind für die Vereinbarkeit von wissenschaftlicher Karriere und privater Lebensplanung zwingend notwendig.«

Ronja Hesse vom »Freien Zusammenschluss der Studierendenschaften« (FZS) ging auf einen anderen Aspekt der Befristungen ein. Sie beklagte, dass es Studierenden heutzutage immer schwerer falle, Lehrende für ihre Prüfungen zu finden, weil durch die Befristung deren Verweildauer an den Hochschulen zu kurz sei. Die oft vergebliche Suche nach Lehrenden zur Abnahme von Prüfungen führe bei vielen Studierenden zu Frust und schließlich zu Studienabbrüchen.

Mechthild Koreuber vom Vorstand der »Bundeskonzferenz der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten an Hochschulen« wies darauf hin, dass Frauen besonders häufig von den Befristungen betroffen seien. Dadurch seien ihre Hochschulkarrieren oft beeinträchtigt. Sabine Berghahn, die an verschiedenen Hochschulen Jura und Politikwissenschaft gelehrt hat, vertrat bei dem Hearing die Initiative der Privatdozenten. Sie beschrieb, wie sie sich als Wissenschaftlerin von einer befristeten Stelle zur nächsten hangeln müsse. Wer zwischen diesen längere Pausen hat, stehe beim Gehalt wieder auf der unteren Stufe. Das mache sich dann auch bei der Rente bemerkbar, die wesentlich geringer ausfalle als bei unbefristet Angestellten. Berghahn sagte, dass sie es noch gut getroffen habe, weil sie auch als Rechtsanwältin arbeite. Doch ihr seien mehrere Kolleginnen und Kollegen bekannt, die mit Hartz IV aufstocken müssten, weil sie ihren Lebensunterhalt von ihrer Arbeit in der Wissenschaft allein nicht bestreiten könnten.

Die bei dem Hearing geäußerten Erfahrungen mit dem täglichen Frust im Wissenschaftsbetrieb werden bestätigt durch Berichte, die Betroffene auf Twitter unter dem Hashtag #AusstiegHochschule über den prekären Alltag als befristet Angestellte an Hochschulen veröffentlichen. »Unbezahlt, befristet, unten« sind die drei Adjektive, die einer Wissenschaftlerin mit Dokortitel zu ihren Arbeitsbedingungen einfallen. Die Hashtag-Kampagne verdeutliche, wie Universitäten und Fachhochschulen den wissenschaftlichen Nachwuchs verheizen, so der Kommentar einer anderen Wissenschaftlerin. »Ohne die richtigen Beziehungen, die richtigen Fürsprecher und/oder die richtige Stelle kann man Karriere vergessen. Und selbst dann gibt es keine Garantie«, resümiert sie frustriert.

Vielfach geteilt wurde ein Tweet eines anderen Wissenschaftlers: »Die Hochschule kann Promovierenden keine langfristige und unprekäre Perspektive bieten, schon gar nicht über die Dissertation hinaus. Daher kam mein früher Ausstieg aus der Hochschule.« Manche suchen bessere Arbeitsbedingungen in einer Beschäftigung an Schulen. Nicht wenige aber nehmen Abschied vom Wissenschafts- und Lehrbetrieb.

Doch immer mehr Betroffene wollen sich nicht länger damit abfinden. So ist die Kampagne »Frist ist Frust« entstanden. Die Beteiligten fordern, dass der Hochschulpakt ein »Entfristungspakt« wird. Die Dringlichkeit ihrer Forderung macht die große Unterstützung deutlich, die die Kampagne in kurzer Zeit bekommen hat. Die Liste der Unterstützer reicht vom FZS über den DGB und Fachgewerkschaften bis hin zu Betriebs- und Personalräten der großen außeruniversitären Forschungsgemeinschaften. Die wissenschaftliche Fachpresse hat die Kampagne wohlwollend zur Kenntnis genommen. Mehr als 10 000 Menschen haben die Petition mit der Forderung der Kampagne unterzeichnet.

»Die Debatte verschiebt sich langsam. Immer mehr auch etablierte Player wie der Wissenschaftsrat müssen anerkennen, dass die derzeitige Befristungssituation irrwitzig ist«, sagt Peter Ullrich vom »Netzwerk für gute Arbeit in der Wissenschaft« der Jungle World. Als besonderen Erfolg betrachtet er, dass es der Kampagne gelungen sei, »Akteure mit ins Boot zu holen, die sich oft nicht politisch positionieren«. Das sei nicht selbstverständlich und habe entscheidend zu der großen öffentlichen Unterstützung beigetragen.

Auch Norma Tiedemann vom Bündnis »Uni Kassel unbefristet« (Jungle World 1/2019) sieht einen Fortschritt darin, dass Reiner Finkeldey, der Präsident der Universität Kassel, auf einer Personalversammlung Mitte März Verständnis für die Forderung nach einer Entfristung der Beschäftigungsverhältnisse gezeigt habe. »Allerdings hätte es uns weit mehr gefreut, wenn er sich bereit gezeigt hätte, umfassende und verbindliche Maßnahmen zur Beseitigung der Befristungsproblematik zu ergreifen«, so Tiedemann.

Ullrich begrüßt, dass das Bundesbildungsministerium die Entfristung zu einer Bedingung machen will, damit ein Projekt über den Hochschulpakt Fördermittel erhalten kann. Allerdings würden die Minister einiger Bundesländer dieses Vorhaben noch blockieren. Für Ullrich gibt es also keinen Grund, sich zurückzulehnen. »Derzeit versuchen wir auch noch, Politiker in den Ländern zu überzeugen, endlich diese unnötige Frustquelle anzugehen. Wenn sich die Wissenschaftsminister im Mai in Berlin treffen, werden wir wieder protestieren. Und nach den Beschlüssen geht es auch darum, die Umsetzung kritisch zu begleiten«, beschreibt Ullrich die Pläne der Kampagne.